

MARKTGEMEINDEAMT MOLLN

Nr. 32/2015-2021

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche **SITZUNG des GEMEINDERATES**

der Marktgemeinde Molln am 1. Oktober 2020

Tagungsort: Nationalparkzentrum Molln, ATRIUM

Anwesende:

1. Bürgermeister REINISCH Friedrich (ÖVP) als Vorsitzender
2. GRM BUCHRIEGLER Regina, Mag. (FH) – (ÖVP)
3. GRM LAGLSTORFER Johann (ÖVP)
4. GRM RESCH Josef (ÖVP)
5. GRM KÖSSNER Gudrun, Mag. (ÖVP)
6. GRM BANKLER Stefan (ÖVP)
7. ---
8. ---
9. GVM WELSER Helmut (SPÖ)
10. GRM HERZOG Erika (SPÖ)
11. ---
12. GRM BRUNNER Ulrike (SPÖ)
13. GVM SCHOBBER Martin (SPÖ)
14. GRM SUMMEREDER Thomas (SPÖ)
15. --
16. GRM RUSSMANN Andreas (bim)
17. GRM PLATZER Alfred (bim)
18. GVM GASPLMAYR Dominik (bim)
19. ---
20. GRM PLATZER Christoph (bim)
21. GRM WAGNER Otmar (FPÖ)
22. GVM PRENTNER Manfred (FPÖ)
23. GRM KORES Bettina (FPÖ)
24. GRM BACHMAYR Helmut (FPÖ)
25. GRM SCHMIDBERGER Barbara (FPÖ)

Ersatzmitglieder:

Knoll Sabine (SPÖ)
Bachmayr Otto (SPÖ)
Wildauer Claudia (SPÖ)
Priller Willibald (bim)
Sieghartsleitner Franz (ÖVP)

für Hofbauer Manfred (SPÖ)
für Aigner Walter (SPÖ)
für Wildauer Hubert (SPÖ)
für Koller Markus (bim)
für Seebacher Gottfried (ÖVP)

Leiter des Gemeindeamtes: i.V. Elisabeth Fischer

Es fehlen:

Entschuldigt:

Wildauer Hubert (SPÖ)
Aigner Walter (SPÖ)
Hofbauer Martin (SPÖ)
Koller Markus (bim)
Seebacher Gottfried (ÖVP)

Nicht entschuldigt:

Die Schriftführerin: Elisabeth Fischer

Der Vorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 24.9.2020 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 25.6.2020 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsichtnahme aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsichtnahme noch aufliegt und gegen die Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

TAGESORDNUNG:

- Punkt 1) Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2020; Beratung und Beschlussfassung:
 - a) Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan 2020 – 2024
 - b) Festsetzung Dienstpostenplan
 - c) Nachtragsvoranschlag 2020
- Punkt 2) SV Molln-Sektion Tennis; Sanierung Tennisheim; Förderung; Grundsatzbeschluss; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 3) FF Molln; RLFA 2000/MAN; kartellrechtlicher Rückforderungsanspruch; Abtretungserklärung; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 4) Kanalbau BA 11; Sonnseite; weitere Vorgangsweise; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 5) Sanierung und Umrüstung Straßenbeleuchtung; Asphaltierungsarbeiten; Auftragsvergabe; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 6) Nachmittagsbetreuung VS; Elternbeitrag; Einführung Geschwistertarif; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 7) „Öffi-Ticket“ für Studenten; Förderung und Bedingungen; Beratung und Beschlussfassung

- Punkt 8) Projekt „Junge Gemeinde“, Teilnahme; Beratung u. Beschlussfassung
- Punkt 9) Flächenwidmungsplan 3/2003; Beratung u. Beschlussfassung:
a) Eduard Rieger; Umwidmung Nr. 3.100
b) Bianca Bosche; Umwidmung Nr. 3.101
c) Rene Haidlmair; Umwidmung Nr. 3.103
- Punkt 10) Krabbelstube, Errichtung 2. Gruppe; Grundsatzbeschluss; Beratung u. Beschlussfassung
- Punkt 11) Allfälliges

Der **Bürgermeister** gibt eingangs bekannt, dass keine Anträge für die **Bürgerfragestunde** vorliegen.

Er informiert darüber, dass der **Pkt. 1 a – c) von der Tagesordnung abgesetzt wird.**

Der NVA muss aufgrund der neuen Entwicklungen überarbeitet werden, es gibt einen drastischen Einbruch bei den Ertragsanteilen. Es geht dabei um eine Summe in Höhe von € 190.455,--.

- Punkt 1) Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2020; Beratung und Beschlussfassung:**
a) **Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan 2020 – 2024**
b) **Festsetzung Dienstpostenplan**
c) **Nachtragsvoranschlag 2020**

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt!

- Punkt 2) SV Molln-Sektion Tennis; Sanierung Tennisheim; Förderung; Grundsatzbeschluss; Beratung und Beschlussfassung**

Der **Bürgermeister** sagt, dass die Sektion Tennis des SV Molln aufgrund zahlreicher Mängel die Sanierung des Tennisheimes beabsichtigt und die Gemeinde um finanzielle Unterstützung ersucht. Die Gesamtkosten werden vom Verein auf € 130.000,-- geschätzt, der Beitrag der Gemeinde soll sich auf 20 % der Gesamtkosten, jedoch maximal € 26.000,--, belaufen. Im Rahmen der „Gemeindefinanzierung Neu“ soll ein Antrag auf BZ- und LZ-Mittel für 2021 gestellt werden, wobei es erforderlich ist, das Projekt in den Voranschlag 2021 aufzunehmen und die geforderten Gemeindemittel zur Verfügung zu stellen. Er ersucht um Wortmeldungen.

GRM Brunner (SPÖ) sagt, dass Molln eine Sportlergemeinde ist und ersucht um Prüfung, ob vielleicht auch eine Förderung nach dem Kommunalen Investitionsgesetz möglich ist.

Der **Bürgermeister** sagt, dass sich alle einig darüber sind, dass eine Unterstützung gewährt wird - bezüglich KIP erfolgt eine Prüfung automatisch durch das Land.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand grundsätzlich eine Förderung zur Sanierung des Tennisheimes des SV Molln, Sektion Tennis, bzw. die Antragstellung auf BZ- und LZ-Mittel für 2021 durch die Gemeinde.

Punkt 3) FF Molln; RLFA 2000/MAN; kartellrechtlicher Rückforderungsanspruch; Abtretungserklärung; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass aufgrund kartellrechtlicher Verstöße namhafter LKW-Hersteller für bestimmte Feuerwehrfahrzeuge die Möglichkeit besteht, den zu hoch festgesetzten Kaufpreis zurückzubekommen.

Diesbezüglich wird vom Oö. Landes-Feuerwehrverband über die Firma AdvoFin Prozessfinanzierung AG eine Sammelklage eingebracht, mit welcher die Ansprüche auf Schadenersatz geltend gemacht werden sollen.

Seitens der Gemeinde ist das Rüstlöschfahrzeug der FF Molln (RLFA 2000/MAN 15.290 TGM/3950/4x4), welches von der Gemeinde gekauft wurde, betroffen.

Zur Beteiligung an der Klage ist es erforderlich, die Ansprüche der Gemeinde an die FF Molln mittels GR-Beschluss abzutreten und er ersucht um Wortmeldungen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die vorliegende Abtretungserklärung an die FF-Molln bezüglich kartellrechtlicher Rückforderungsansprüche im Zusammenhang mit dem Ankauf des Rüstlöschfahrzeuges RLFA 2000/MAN 15.290 TGM/3950/4x4.

Punkt 4) Kanalbau BA 11; Sonnseite; weitere Vorgangsweise; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass in der Phase des Vorentwurfs zum gegenständlichen Projekt eine Variante geprüft wurde, bei der der Kanal Sonnseite entlang des bestehenden Kraftwerkskanals der Fa. Piesslinger zum Kanal der Fa. Piesslinger entwässern hätte sollen. Diese Variante musste damals verworfen werden, da ein Anschluss an die Schmutzwasserkanalisation im Bereich des Werksgeländes und eine betriebsfremde Grabung in diesem Bereich seitens der Fa. Piesslinger als Eigentümer abgelehnt wurde. Daraufhin wurde der Bau der Leitung mittels Spülbohrverfahren zur Querung der Steyr in Richtung des nächstmöglichen Anschlusses an das bestehende Kanalnetz in der Austrasse projektiert, ausgeschrieben und an die GLS Bau- und Montage GmbH vergeben.

Nunmehr hat sich durch die aktuellen Planungen der Fa. Piesslinger zur Errichtung eines neuen Kraftwerkskanals als Druckrohrleitung von der Badeswehr bis zum derz. Krafthaus neben der Piesslingerbrücke über die Steyr ein neuer Aspekt ergeben.

Seitens der Marktgemeinde Molln wurde gegenüber der Fa. Piesslinger Interesse an einer kostengünstigen Mitverlegung einer Kanalleitung bekundet und hinterfragt, ob aufgrund der geänderten Voraussetzungen auch für die Fa. Piesslinger nunmehr eine Kanalleitung der Gemeinde in diesem Bereich denkbar wäre um mögliche Synergien zu nutzen. Herr GF Ing. Waselmayr hielt fest, dass nach wie vor einer Einleitung von Abwässern der Gemeindekanalisation in einen bestehenden Kanal der Fa. Piesslinger nicht zugestimmt würde, dass man aber einer Mitverlegung einer Abwasserleitung mit der geplanten Druckrohrleitung grundsätzlich positiv gegenübersteht.

Aus derzeitiger Sicht erscheint es jedenfalls laut DI Martin Kaltenbrunner, Fa. IKW, nach den marktüblichen Preisen sehr wahrscheinlich, dass die Mitverlegung einer Abwasserdruckleitung von der Badeswehr bis zum bestehenden PW Piesslinger kostengünstiger ist, als die bisher vorgesehene Variante mit der Spülbohrung. Dazu kommt, dass eine Spülbohrung aufgrund der naturgemäß nicht vollständig bekannten Untergrundverhältnisse, mit gewissen Risiken verbunden ist, die in der Mitverlegungsvariante entfallen.

Da das eingereichte Kraftwerksprojekt der Fa. Piesslinger derzeit noch in der Bewilligungsphase ist und seitens der Behörde ergänzende Unterlagen nachgefordert wurden, ist nach Rücksprache mit dem Planer der Fa. Piesslinger davon auszugehen, dass ein Baubeginn 2020 eher unwahrscheinlich ist und aus derzeitiger Sicht das Frühjahr 2021 realistisch erscheint.

Aus wirtschaftlicher Sicht soll daher auch aufgrund der Empfehlung von DI Martin Kaltenbrunner mit der Errichtung der Kanalisation Sonnseite weiter abgewartet werden bis feststeht, ob und zu welchen Konditionen eine Mitverlegung der Abwasserleitung möglich ist. Außerdem könnte im Zuge dieses Projekts dann die ohnehin anstehende Sanierung und Ertüchtigung des PW Piesslinger der MG Molln umgesetzt werden.

Mit der beauftragten GLS Bau- und Montage GmbH wurde abgeklärt, dass sie einer Verschiebung der Ausführung des Projektteils Sonnseite zustimmt und als Zusatzkosten lediglich die amtlichen Lohn- und Preiserhöhungen zum Tragen kommen. Die Leistungen können, soweit vorhanden, mit den bestehenden Positionen abgerechnet werden. Eine verlängerte Bankgarantie (bis 20.12.2021) als Sicherstellung wurde bereits vorgelegt. Der Bürgermeister ersucht um Wortmeldungen.

GRM Platzer A.(bim) sagt, dass der Vorschlag sinnvoll und auch für ihn in Ordnung ist. Aber es wird schon 10 Jahre vom Kanalbau in der Sonnseite geredet. Die kommunikative Aufarbeitung des Projekts ist falsch – der Bürgermeister hätte mit den Anrainern anders umgehen sollen.

Der **Bürgermeister** sagt, er hofft, dass eine Lösung mit der Fa. Piesslinger gefunden wird. Anschließend lässt er abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 23 Ja-Stimmen (SPÖ, ÖVP, FPÖ sowie bim – ohne Platzer A. und Priller) und 2 Stimmenthaltungen (Platzer A. und Priller, beide bim) durch Heben der Hand, dass aus wirtschaftlicher Sicht mit der Errichtung der Kanalisation Sonnseite bis 2021 weiter abgewartet werden soll, bis feststeht, ob und zu welchen Konditionen eine Mitverlegung der Abwasserleitung mit der Fa. Piesslinger möglich ist.

Punkt 5) Sanierung und Umrüstung Straßenbeleuchtung; Asphaltierungsarbeiten; Auftragsvergabe; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass im Zuge der Sanierung der bestehenden Straßenbeleuchtung samt Umrüstung auf LED auch einige Erweiterungen der Beleuchtung durchgeführt werden. Die diesbezüglich erforderlichen Grabarbeiten, welche bekanntlich nicht förderfähig sind, wurden wie vereinbart vom Bauhof durchgeführt. Die in Folge der Grabarbeiten erforderlichen Asphaltierungsarbeiten sollen vergeben werden. Dazu wurden drei Angebote eingeholt, wobei die Fa. Swietelsky mit Gesamtkosten von € 50.038,82 inkl. MwSt. Bestbieter ist.

Der Bürgermeister sagt weiters, dass der Projektplaner, Hr. Kampl, ausdrücklich vor Beginn - GRM Gasplmayr war bei diesem Gespräch dabei - darauf hingewiesen hat, dass die eingerechnete Summe in Höhe von € 5.000,-- bis € 10.000,-- nur ein Schätzwert ist, weil man diese Kosten nicht berechnen kann. Er hat mittlerweile mit dem Bürgermeister aus Kremsmünster gesprochen, so der Bürgermeister, dort hat es im Zuge der Umrüstung der Straßenbeleuchtung wegen der Grabungs- und Asphaltierungsarbeiten eine Kostenerhöhung um über € 200.000,-- gegeben.

Er spricht anschließend die Förderung an und sagt, dass man ursprünglich von € 100.000,-- ausgegangen ist, nun wird man aber über das KIP zusätzliche Fördermittel erhalten bzw. wird man sich bemühen, noch andere Fördermittel zu lukrieren. Anschließend ersucht er um Wortmeldungen.

GVM Schober (SPÖ) fragt, warum der Bauhof mit den Grabarbeiten beauftragt wurde, da es keinen GR-Beschluss gibt. Die SPÖ wird aber der Asphaltierung zustimmen.

Der **Bürgermeister** sagt, dass das e-Werk Wels bei der Besprechung immer vom Einsatz des Bauhofes gesprochen hat, damit die Kosten dementsprechend geringer werden! Die Asphaltierungsarbeiten sind aber sowie so immer notwendig.

GVM Gasplmayr (bim) sagt, dass man bei diesen Kosten nur von einer Schätzung ausgegangen ist. Die Asphaltierung ist zwar jetzt derartig höher, aber es wurde verantwortungsvoll mit der ganzen Baustelle umgegangen und daher gibt er seine Zustimmung.

Der **Bürgermeister** sagt, dass die Kosten auch höher geworden sind, weil man zusätzliche Lampen installiert hat.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 22 Ja-Stimmen (SPÖ, ÖVP, FPÖ sowie bim – ohne Platzer A., Platzer Ch. und Priller) und 3 Stimmenthaltungen (Platzer A., Platzer Ch. und Priller – alle bim) durch Heben der Hand die Auftragsvergabe für die Asphaltierungsarbeiten im Zuge der Sanierung und Umrüstung der Straßenbeleuchtung an die Fa. Swietelsky zum Angebotspreis von € 50.038,82 inkl. MwSt.

Punkt 6) Nachmittagsbetreuung VS; Elternbeitrag; Einführung Geschwistertarif; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass in der GRS am 21.6.2018 die Einhebung eines Elternbeitrages für die Nachmittagsbetreuung in der VS in Höhe von € 6,25/Tag beschlossen wurde.

Auf Antrag des Ausschusses für Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung soll nunmehr rückwirkend mit dem „Spiele-Sommer 2020“ ein Geschwistertarif eingeführt werden. Demnach soll ab dem 2. Kind einer Familie ein Abschlag von 50 % auf den Tagestarif gewährt werden. Er ersucht den Ausschussobmann um seinen Bericht.

GRM Prentner (FPÖ) gibt Erläuterungen zum Antrag und sagt, dass diese Regelung rückwirkend ab Juli bzw. ab Ferienbeginn und nicht nur für die Ferienbetreuung, sondern generell für die Nachmittagsbetreuung in der VS gilt.

GRM Brunner (SPÖ) sagt, dass sie sich über diesen Beschluss freut, denn sie war immer für die Einführung eines Geschwistertarifes. Sie hofft, dass man weiter in dieser sozialen Richtung unterwegs ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand, dass ab Juli 2020 bzw. ab Ferienbeginn für die Nachmittagsbetreuung in der VS ein „Geschwistertarif“ eingeführt wird: ab dem 2. Kind einer Familie erfolgt ein Abschlag von 50 % auf den Tagestarif von € 6,25.

Punkt 7) „Öffi-Ticket“ für Studenten; Förderung und Bedingungen; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass dieser Antrag vom Ausschuss für Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung eingebracht wurde und er ersucht den Ausschussobmann um seinen Bericht.

GRM Prentner (FPÖ) sagt, dass Studierenden ab dem Studienjahr 2020/21 ein Zuschuss zu einem Öffi-Ticket am Studienort unter folgenden Bedingungen gewährt werden soll:

1. Vorlage der Original Rechnung für das Ticket;
2. Inskription an einer Hochschule, FH oder Uni in Österreich;
3. Person muss vor Antragstellung mindestens 6 Monate mit Hauptwohnsitz in Molln gemeldet sein;
4. Pro Semester werden 50 % des Kaufpreises, maximal € 100,--, gewährt;
5. Höchstalter 26 Jahre
6. Kein Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand, Studierenden ab dem Studienjahr 2020/21 einen Zuschuss zu einem Öffi-Ticket am Studienort unter folgenden Bedingungen zu gewähren:

1. Vorlage der Original Rechnung für das Ticket;
2. Inskription an einer Hochschule, FH oder Uni in Österreich;
3. Person muss vor Antragstellung mindestens 6 Monate mit Hauptwohnsitz in Molln gemeldet sein;

4. Pro Semester werden 50 % des Kaufpreises, maximal € 100,--, gewährt;
5. Höchstalter 26 Jahre
6. Kein Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze

Punkt 8) Projekt „Junge Gemeinde“, Teilnahme; Beratung u. Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** ersucht den Ausschussobmann um seinen Bericht dazu.

GRM Prentner (FPÖ) sagt, dass seit dem Jahr 2012 Oö. Gemeinden beim Landesjugendreferat bezüglich Auszeichnung „Junge Gemeinde“ ansuchen können. Ziel dieser Initiative ist es, jugendfreundliche Maßnahmen in der Gemeinde zu forcieren und eine Struktur für nachhaltige Jugendarbeit aufzubauen und weiterzuentwickeln. Die Kriterien unterteilen sich in die 3 Bereiche Struktur, Bildung und Aktion. Molln hat sich seit 2012 bei dieser Aktion beteiligt und die Auszeichnung "Junge Gemeinde" bereits mehrmals erhalten. Für die neuerliche Teilnahme für die Jahre 2021/2022 ist ein GR-Beschluss nötig. Die Auszeichnung ist mit einer Förderung für die Gemeinde *in Höhe von € 500,--* verbunden. Am 3.11. findet die Auszeichnung für das heurige Jahr statt.

GRM Brunner (SPÖ) sagt, dass die Punktesammlung für die Auszeichnung in den letzten Jahren auch wegen dem Jugendzentrum erreicht wurde. Es wurde ein Re-Audit von Helmut Welser durchgeführt. Ein großer Wunsch von der Jugend ist wieder ein Jugendtreff – diesbezüglich hat GRM Welser GRM Prentner ersucht, diesen Punkt in einer Ausschusssitzung zu behandeln. Anschließend ersucht sie GRM Prentner um Behandlung im Ausschuss.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 24 Ja-Stimmen (ÖVP, SPÖ, FPÖ, bim – ohne Rußmann) und 1 Stimmenthaltung (Rußmann, bim) die Teilnahme am Projekt „Junge Gemeinde“ für die Jahre 2021/22.

Punkt 9) Flächenwidmungsplan 3/2003; Beratung u. Beschlussfassung:

- a) **Eduard Rieger; Umwidmung Nr. 3.100**
- b) **Bianca Bosche; Umwidmung Nr. 3.101**
- c) **Rene Haidlmair; Umwidmung Nr. 3.103**

a) Der **Bürgermeister** berichtet, dass Eduard Rieger, Zimeck 11, die Umwidmung seiner Parzelle 608, KG Molln, im Ausmaß von 872 m², von derzeit „Grünland“ in „W“ – Wohngebiet beantragt hat. Der Grundsatzbeschluss zur Verfahrenseinleitung wurde am 27.02.2020 im Gemeinderat gefasst. Nunmehr liegen die Stellungnahmen der zuständigen Fachabteilungen des Landes mit überwiegend negativen Inhalten vor. Auf Grund der Hochspannungsfreileitung wird die Umwidmung aus elektrotechnischer Sicht abgelehnt. Weiters wird aus Sicht der Luftreinhaltung von der Schaffung einer zusätzlichen Wohnnutzung im Bereich der in der Nähe befindlichen Biogasanlage dringend abgeraten. Und schließlich steht die geplante Umwidmung im Widerspruch zum Örtlichen Entwicklungskonzept. Auf Grund dieser Restriktionen soll dieses Umwidmungsvorhaben nicht mehr weitergeführt werden. Darüber ist im Gemeinderat ein entsprechender Beschluss zu fassen. Er ersucht um Wortmeldungen.

GRM Rußmann (bim) geht auf die Stellungnahmen ein und sagt, dass es ihn eigenartig anmutet, dass bei anderen Umwidmungen gewisse Punkte nicht berücksichtigt wurden. Im Übrigen gehört das Örtliche Entwicklungskonzept schon seit 10 Jahren überarbeitet. Es ist ihm nicht erklärlich, was hier vom Land so explizit negativ ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt mit 9 Nein-Stimmen (SPÖ und Rußmann, bim), 4 Stimmenthaltungen (bim – ohne Rußmann) und 12 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ) durch Heben der Hand die Einstellung des Umwidmungsverfahrens Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 3.100, Eduard Rieger, Parzelle 608, KG Molln, im Ausmaß von 872 m² von derzeit „Grünland“ in „W“-Wohngebiet ab.

b) Der Bürgermeister sagt, dass Bianca Bosche, Eigentümerin der Liegenschaft Wehrstraße 1, die Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle 971/2, KG Molln, im Ausmaß von 425 m², von derzeit „Grünland“ in „W“ – Wohngebiet beantragt hat. Das Umwidmungsvorhaben steht im Einklang mit den Festlegungen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes. Der Grundsatzbeschluss für diese Umwidmung wurde in der GR-Sitzung vom 25. Juni 2020 gefasst. Eine positive Stellungnahme des Landes liegt mittlerweile vor. Zum Abschluss des Verfahrens soll dieses Umwidmungsvorhaben vom Gemeinderat als Verordnung beschlossen werden. Er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 3.101, Bianca Bosche, Teilfläche Parz. 971/2, KG Molln, im Ausmaß von 425 m² von derzeit „Grünland“ in „W“-Wohngebiet.

c) Der Bürgermeister sagt, dass Rene Haidlmair, Eigentümer der Liegenschaft Pertlgraben 1, die Umwidmung der Parzelle 1020/3, KG Ramsau, von derzeit Grünland in einerseits „Verkehrsfläche/Parkplatz“ im Ausmaß von 2.653 m² und andererseits „Grünland mit besonderer Widmung/Trenngrün Nr. 2“ im Ausmaß von 832 m² beantragt hat. Das Umwidmungsvorhaben steht im Einklang mit den Festlegungen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes. Der Grundsatzbeschluss für diese Umwidmung wurde in der GR-Sitzung vom 25. Juni 2020 gefasst. Eine positive Stellungnahme des Landes liegt mittlerweile vor. Zum Abschluss des Verfahrens soll dieses Umwidmungsvorhaben vom Gemeinderat als Verordnung beschlossen werden. Er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 3.103, Rene Haidlmair, Parzelle 1020/3, KG Ramsau, von derzeit Grünland in

einerseits „Verkehrsfläche/Parkplatz“ im Ausmaß von 2.653 m² und andererseits „Grünland mit besonderer Widmung/Trenngrün Nr. 2“ im Ausmaß von 832 m².

Punkt 10) Krabbelstube, Errichtung 2. Gruppe; Grundsatzbeschluss; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass die SPÖ-Fraktion den Antrag auf Errichtung einer 2. Krabbelgruppe gestellt hat. In der letzten GRS hat es diesen Tagesordnungspunkt bereits gegeben und die Angelegenheit wurde dem Ausschuss zur Beratung zugewiesen. Er ersucht die Fraktionsobfrau um ihren Bericht.

GRM Brunner (SPÖ) sagt, dass sie bereits am 28.6. per e-mail eine Ausschuss-Sitzung bei Manfred Prentner eingefordert hat und die Sitzung hätte innerhalb von 4 Wochen einberufen werden müssen. Da dies nicht geschehen ist, wurde der Antrag noch einmal eingebracht. Sie sagt, dass der Bedarf für eine 2. Gruppe gegeben ist. Die Eltern haben den Bedarf wegen der Arbeitsplanung auch früh genug gemeldet. Jetzt gibt es eine Warteliste, weil es nur eine Gruppe gibt. Sie verweist auf die Vorsprache der Eltern beim Bürgermeister, spricht anschließend die Geburtsstatistik an, die GVM Schober erstellt hat und sagt, dass sie eine Unterstützerin der Tagesmütter ist. Molln hat bei der Kinderbetreuung eine 1 A-Qualifizierung und daher gibt es auch den Antrag auf Errichtung einer 2. Gruppe und der Ausschuss muss die Angelegenheit behandeln.

Sie spricht den bereits seit 2015 vorhandenen Zubauplan für den Kindergarten an und sagt, dass auch Container während der Umbaumaßnahmen eine gute Lösung wären. Es geht auf jeden Fall darum, den Eltern Sicherheit zu geben. Sie spricht die beauftragte Studie an und sagt, dass derzeit der Mindestpersonaleinsatz nicht erfüllt wird. Hier besteht Handlungsbedarf und alle Fraktionen sind hier eingeladen, das anzugehen.

Der **Bürgermeister** sagt, dass die Eltern bei ihm vorgesprochen haben. Er versteht aber den heutigen Antrag nicht, da diese Angelegenheit dem Ausschuss zur Behandlung zugewiesen wurde. Er ersucht anschließend den Obmann des Ausschusses Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung, die weitere Vorgehensweise zu erläutern.

GVM Prentner (FPÖ) sagt, dass es derzeit ein Problem gibt, weil man noch nicht weiß, ob die Neue Mittelschule einen Platz für die 2. Gruppe zur Verfügung stellen kann. Er hat sich damit beschäftigt, wie man das auf die Reihe bringt – aber derzeit kann hier kein Beschluss gefasst werden. Er stellt anschließend den *Antrag, diese Angelegenheit dem Gebäudeausschuss zuzuweisen. Der Ausschuss soll ein geeignetes Gebäude suchen, in dem die 2. Krabbelgruppe installiert werden kann. Anschließend kann sein Ausschuss tätig werden.*

Der **Bürgermeister** lässt anschließend *über den Antrag von GVM Prentner abstimmen.*

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt mit 10 Nein-Stimmen (SPÖ sowie Rußmann und Gasplmayr, beide bim), 3 Stimmenthaltungen (Platzer A., Platzer Ch. und Priller, alle bim) und 12 Ja-Stimmen (ÖVP und FPÖ) durch Heben der Hand eine Zuweisung an den Gebäudeausschuss ab.

GRM Rußmann (bim) sagt, dass durch die positive Wohnsituation bzw. den Zuzug und der großen Anzahl an Arbeitsplätzen der Bedarf an einer 2. Krabbelgruppe gegeben ist und dieser

sicher nicht weniger werden wird. Er hofft, dass die ÖVP und die FPÖ der Gemeindeentwicklung keine Steine in den Weg legen werden.

GRM Platzer A. (bim) verweist auf die Veränderungen im Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten wegen der Corona-Pandemie und sagt, dass es wichtig ist, dass die Kinder gut versorgt sind. Die Betreuung der Tagesmütter in Molln ist sehr gut, sie ist aber vielleicht etwas teurer. Sein Vorschlag wäre daher eine finanzielle Gleichstellung der Eltern, d.h. die Eltern sollen für eine Tagesmutter nicht mehr bezahlen, als für die Krabbelgruppe – die Differenz soll von der Gemeinde übernommen werden. Der Ausschuss soll das behandeln, sonst wird er den Antrag im GR stellen.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass keiner gegen eine 2. Krabbelgruppe ist, die Kinder sollen gut versorgt sein. Die Mandatare haben einen Eid geleistet, die Wirtschaftlichkeit ist daher zu prüfen. Wegen der Corona-Pandemie gibt es weniger Ertragsanteile und man hat bei den Feuerwehren bezüglich GEP verpflichtend zugestimmt. Sie hofft, dass es bei den Einnahmen der Kommunalsteuer so gut weitergeht. Sie verweist auf den MFP und sagt, dass man für die Zukunft schauen muss, wo man zusätzliche Mittel lukrieren kann. Sie versteht zwar die Eltern, die ihre Kinder kostengünstig unterbringen wollen, aber es ist nicht so, dass die Gemeinde nichts zur Verfügung stellt. Noch immer sind 10 Plätze bei den Tagesmüttern frei. Sie spricht sich anschließend für den Vorschlag von GRM Platzer A. aus, den Eltern einen Zuschuss zu den Kosten der Tagesmütter zu geben. Bezüglich 2. Krabbelgruppe sagt sie, dass es nicht nur um Räumlichkeiten geht. Jede Gruppe braucht auch eine entsprechende Spielfläche draußen. Man ist dahinter, einen Platz zu suchen, man muss aber jede Gruppe ansprechen und auch auf die Senioren schauen. Auf jeden Fall wird man sich bemühen, eine Lösung zu finden.

GVM Schober (SPÖ) sagt, dass es heute um eine Entscheidung geht und man nicht länger warten kann. Es geht hier um eine Grundsatzentscheidung. Das ist nicht das Thema der Mütter, es ist Thema des Gemeinderates und man wird ja heute sehen, wie die Abstimmung ausfällt. Er spricht GRM Buchriegler an und sagt, dass sie extrem gegen die Krabbelgruppe arbeitet. Anschließend spricht er den Zubau beim Kindergarten an, den 2015 Renate Rettenegger wollte und sagt, dass die ÖVP damals gegen einen Ausbau gestimmt hat und hier keine Weitsicht gezeigt hat. Aber heute wird es sich zeigen, wer dafür ist.

Der **Bürgermeister** sagt dazu, dass es Aufgabe des Bauausschusses gewesen wäre.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, GVM Schober soll diese persönlichen Angriffe lassen. Sie ist nicht gegen eine 2. Gruppe, aber es braucht auch eine Weitsicht. Bezüglich Verhinderung durch die ÖVP weist sie darauf hin, dass die ÖVP nur 7 Gemeinderatsmandate hat. Sie sagt weiters, man soll zur Sachpolitik zurückkommen. Für einen Grundsatzbeschluss möchte sie Fakten haben. Die NMS wird zwei 1. Klassen brauchen. Eine Ausschuss-Sitzung gehört einberufen – es braucht eine Gesamtlösung.

GRM Brunner (SPÖ) verweist auf die vorhandenen Zubaupläne und sagt, dass sie eine Ausschuss-Sitzung eingefordert hat und nichts passiert ist. Sie verweist auf den Kindergartenzubau in Leonstein und spricht sich anschließend auch für eine große Lösung aus.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass die Eckdaten fehlen und sie daher den Antrag stellen möchte, dass die Angelegenheit dem Ausschuss Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung zugewiesen wird und innerhalb von 4 Wochen die Zahlen und Daten überprüfen soll.

Der **Bürgermeister** sagt dazu, dass es diesen Antrag schon gibt, bzw. diese Angelegenheit dem Ausschuss schon in der letzten GRS zugewiesen wurde.

GRM Prentner (FPÖ) sagt, dass er schon klarstellen möchte, dass der Antrag von der SPÖ formell falsch war. Er kann erst nach einer Mitteilung von Dir. Straßer, ob die Klasse von der NMS gebraucht wird, eine Sitzung einberufen, vorher ist das nicht sinnvoll.

GRM Rußmann (bim) sagt, dass es sehr spannend ist, wie man versucht, eine Abstimmung auf den „Sankt-Nimmerleinstag“ zu verschieben. Zum Thema NMS und Platzbedarf - man hört ja einiges, wie das abläuft - es sind im 1. Jahrgang heuer 26 Kinder, das ist die Teilungszahl. Leider war einer davon ein nicht gemeldeter Mollner, jetzt muss man den nach Molln melden, damit man dann die Klasse teilen kann. So kann man natürlich auch vorgehen. Man könnte natürlich auch schauen, dass sich von Haus aus mehr Mollner Kinder für die NMS anmelden und nicht zu 60 % in andere Schulen wechseln, weil das Niveau oder sonstiges, was man so kritisiert, nicht passt. Das wird ja in der Öffentlichkeit wahrgenommen, was so in der Schule passiert und dementsprechend reagieren die Leute darauf. Da nutzt es nichts, wenn sich der Direktor an GR- Beschlüssen vorbei sein Büro saniert. Das hilft gar nichts, das macht kein Konzept für eine bessere Schulausrichtung. Fakt ist, man kann auch in einer Ausschuss-Sitzung über Gott und die Welt reden oder man kann Lösungen erarbeiten. Er findet es super, dass Ulli als Fraktionsobfrau in jeder Sitzung eine Abstimmung einfordert. Wenn nichts passiert, kann man auch über nichts abstimmen im Ausschuss, das muss man leider so zur Kenntnis nehmen. Aber den Grundsatzbeschluss, ob man die Kinderbetreuung auf solide Füße stellen will, den kann man sehr wohl fassen. Lösungen werden erarbeitet und über diese muss man dann abstimmen, ob man sich das leisten kann oder nicht. Aber alles Hinausschieben geht nicht, denn dann sind wir genau da, wo wir jetzt sind, nämlich bei keiner Lösung, so GRM Rußmann.

Der **Bürgermeister** sagt, dass das extrem harte Worte sind. Bezüglich Teilung bei 26 Kindern ist es schon so, dass es für die Eltern einen Unterschied bedeutet, ob man 2 Klassen mit je 13 Kinder hat oder 1 Klasse mit 26. Er würde sich auf dieses Thema nicht hinauslassen. Es geht hier auch um die pädagogisch wertvolle Einstellung dazu. Für ihn ist das schon ein bisschen hinauslehnen und er bittet, dass Personen, die nicht anwesend sind, auch nicht angegriffen werden. Das war ja ein Angriff auf den Direktor und für ihn nicht passend.

GVM Gasplmayr (bim) sagt, dass er schon anmerken möchte, dass es ein bisschen erschreckend ist, wenn ein Gemeinderat die eigene Mittelschule schlecht redet, wo man doch sehr große Fortschritte sieht und wo man das stark reden sollte, dass unsere Mittelschule eine große und gute Alternative ist für die Kinder. Doch zurück zur Kinderbetreuung, er hört immer, dass bei den Tagesmüttern Plätze frei sind, also heißt das für ihn, dass ein Bedarf für eine 2. Krabbelgruppe nicht gegeben ist. Dieses Thema kann sofort im Ausschuss behandelt werden und wenn ein Bedarf herauskommt, ist das eine ganz andere Diskussionsgrundlage für den Gemeinderat. Er wird zum heutigen Antrag „nein“ sagen, denn es geht ihm darum, dass der Ausschuss möglichst rasch tagt und festlegt, braucht man eine 2. Gruppe oder nicht und wann. Dann kann man auch entscheiden, wie man das am besten umsetzt.

Der **Bürgermeister** sagt, dass tagesaktuell bei den Tagesmüttern 13 Plätze frei sind.

GRM Brunner (SPÖ) sagt, dass sie wegen der Wortmeldung von GRM Prentner, dass sie sich bei der Antragstellung nicht auskennt, schon anmerken möchte, dass sie bei einem Juristen in Linz angefragt und genau wie in der Gemeindeordnung steht, diese Antwort erhalten hat, dass der Antrag schriftlich einzubringen ist. Sie weiß, dass GRM Prentner sagt, ihre Unterschrift am Antrag fehlt. Aber wenn sie ein e-mail an den ganzen Verteiler schickt in Zeiten von Covid,

dann denkt sie, dass das genügt. Sie hat die Sitzung nicht zum 1. Mal eingefordert, auch bereits letztes Jahr hat sie das schon 2 – 3 Mal gemacht. Das heißt, der Ausschuss tagt sehr wenig. Für den GR hat sie sehr Wohl den Antrag mit Unterschrift und rechtzeitig eingebracht, d.h. sie weiß sehr wohl, wie man Punkte einfordert.

Zum Thema sagt sie, dass man heute hier ist, um für die Eltern eine Kinderbetreuung in Molln zu organisieren, wie die Eltern die Bedarfe gemeldet haben. Bezüglich Tagesmütter sagt sie, dass sie vollste Unterstützerin der Tagesmütter ist. Sie haben aber – so wie alle ArbeitnehmerInnen – einen Anspruch auf Urlaub. Da heißt, dass man sich als Eltern auch danach richten und planen muss und das ist auch einer der Unterschiede zur Krabbelgruppe.

Der **Bürgermeister** sagt, dass der Antrag von GRM Brunner für die heutige Sitzung ordnungsgemäß eingebracht wurde.

GVM Schober (SPÖ) sagt, dass er auch für eine große Lösung ist. Ihn freut es, dass Grünburg in 3 Jahren ihr Projekt in Leonstein umgesetzt haben und man hätte auch für Molln schon eine große Lösung umsetzen können. Die betroffenen Mütter brauchen aber jetzt eine Lösung und nicht erst in 3 Jahren. Zu GVM Prenter sagt er, wenn er nicht weiß, was er im Ausschuss behandeln soll, dann soll er keinen Raum von der Neuen Mittelschule behandeln, sondern ein Containerdorf. Es gibt einen Plan und man muss sich nur dafür interessieren. Zur Aussage, man muss jetzt feststellen, was man braucht: Tagesmütter zu Krabbelgruppe – wenn man Birnen und Äpfel anbietet und jeder will Birnen kaufen.... Man muss das anbieten, was die Leute anfragen und die Anfragen bei der Krabbelgruppe sind einfach höher, als bei den Tagesmüttern. Das heißt auch nicht, dass die Tagesmutter schlecht ist. Es gibt einfach persönliche Präferenzen. Er ist selber betroffen und er möchte eine Betreuung in der Krabbelgruppe haben. Das ist seine Entscheidung und nicht die von jemand anderen.

Der **Bürgermeister** sagt, wenn der Grundsatzbeschluss bei der Abstimmung angenommen wird, ist trotzdem der Ausschuss Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung zuständig. Dies nur zur Erläuterung für die anwesenden Eltern. Es wird sich an dem Thema nichts ändern, ob es jetzt einen Grundsatzbeschluss gibt oder nicht.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt er abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt mit 3 Nein-Stimmen (Laglstorfer, ÖVP, Wagner, FPÖ, Gasplmayr, bim), 13 Stimmenthaltungen (ÖVP – ohne Laglstorfer, FPÖ - ohne Wagner, bim – ohne Rußmann und Gasplmayr) und 9 Ja-Stimmen (SPÖ sowie Rußmann, bim) durch Heben der Hand den Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer 2. Krabbelgruppe ab.

Punkt 11) Allfälliges

Der **Bürgermeister** informiert darüber, dass die **Bodinggraben- und die Welchaustraße** nach der Sanierung wieder befahrbar sind.

GRM Platzer A. (bim) bedankt sich bei **Dr. Martin Gärtner** für die jahrzehntelange ärztliche Betreuung als Gemeindearzt. Leider hat er sich nicht persönlich bei ihm bedanken können, aber er wird das privat noch machen. Es ist schon eigenartig, wenn man über die Gemeindezeitung und Aussendungen erfährt, dass die Praxis geschlossen wird und eigentlich schon eine Woche geschlossen ist, wenn die Aussendung eintrifft. Es gibt derzeit keinen Arzt in der Gemeinde

und leider wird man nächste Woche noch immer nicht aufsperrern. Das ist schon eigenartig und verwunderlich. Der Bürgermeister hätte sich da mehr einsetzen sollen, wo er ja dieses Projekt so forciert hat. Er persönlich ist vom Bürgermeister sehr enttäuscht.

Anschließend spricht er diverse **Straßensanierungen** in der Zimeck und im Hausbach an und sagt, dass diese „freihändig“ vom Bürgermeister vergeben werden. In dem Fall hat die Fa. Hasenauer im Hausbach Arbeiten getätigt, die nicht im Ausschuss behandelt wurden. Dann muss man feststellen, dass da Dinge gemacht wurden, die eigentlich nicht legal, zumindest aber sehr bedenklich sind. In dem Fall hat die Fa. Hasenauer über fremde Grundstücke Recyclingmaterial entsorgt und in den Hausbach „hineingeschert“. Er hat das dem Bürgermeister schon in der Obmännerkonferenz gesagt, aber er wurde lapidar „abgespeist“. Daher muss er das jetzt im Gemeinderat vorbringen, weil es Dinge sind, die einfach nicht gehen. Der Bürgermeister ist Obmann im Straßenausschuss und da erwartet er sich schon, dass man hier mehr Tätigkeiten setzt, die einen Sinn machen. Aber diese Tätigkeiten kosten viel Geld und machen keinen Sinn.

Bezüglich der **Umrüstung der Straßenbeleuchtung** auf LED sagt er, dass das Projekt mittlerweile schon auf € 600.000,-- kommt, da sind aber die Bauhofkosten noch nicht dabei. Er fragt sich, ob nicht sein vorgeschlagenes Projekt wesentlich billiger gekommen wäre. Anschließend sagt er, dass vor längerer Zeit einstimmig im Ausschuss der neue Lampentyp beschlossen wurde. Dann hat ihm der Bürgermeister gesagt, dass man diese nicht nehmen darf, wegen der Lichtverschmutzung. Am Wochenende war er zufällig in Mittersill, dort wurde auch gerade die Straßenbeleuchtung neu umgestellt. Da wurden diese Lampen genommen, die angeblich in Österreich nicht erlaubt sind. Er fragt sich da schon, ob zweierlei Gesetze herrschen: in Molln geht es nicht und dort geht es.

Er spricht anschließend GVM Schober an und sagt, dass dieser seit 2 Jahren keine **Gebäudeausschusssitzung** mehr gemacht hat. Er ist da schon sehr verwundert und er wird das einfordern. Er wird auch den Antrag bei der nächsten GRS stellen bezüglich finanziellem Ausgleich bei den Tagesmüttern. Er spricht anschließend an, wie wenige Ausschusssitzungen generell gemacht werden, d.h. aber, dass Themen nicht ordentlich behandelt werden können. Er sagt, dass er den Bürgermeister aufgefordert hat, die Fraktionen bzw. die Ausschüsse stärker einzubinden. Anschließend sagt er zum Bürgermeister, dass man null Informationen von ihm bekommt.

Abschließend spricht er die **Umwidmung Rieger** an und sagt, dass er sich bei der Abstimmung deswegen enthalten hat, weil genau solche Beschlüsse schon gefasst wurden, wo es ganz ähnlich war. Er spricht die Umwidmung Wolfswenger an und sagt, dass man hier einer Umwidmung im GR zugestimmt hat, obwohl die Naturschutzstellungnahme und auch die forstwirtschaftliche Stellungnahme negativ war.

Der **Bürgermeister** sagt, dass jetzt bekannt ist, dass die Ordination nicht am 5.10. geöffnet wird, sondern am 8.10., weil es noch bauliche Maßnahmen gibt. Hauptthema ist noch die Eingangstüre. Man kann nicht einfach irgendeine Eingangstüre hingeben, hier geht es um Computer und um sensible Daten. Er glaubt, dass niemand daran interessiert ist, dass jemand die eigene Krankengeschichte erfährt. Darum ist es wichtig, dass das erledigt wird.

Bezüglich Übersiedlung sagt er, dass er auch erst in dieser Woche erfahren hat, dass es länger dauert. Das ist auch im Zusammenhang gestanden mit dem Baufortschritt. Er hat die Info sofort weitergegeben und auch auf die Homepage gestellt, als er es von Dr. Schilcher erfahren hat.

Bezüglich Auftragsvergabe an die Fa. Hasenauer bzw. bedenkliche Dinge/Ablagerung auf fremden Grundstücken, da hat er damals in der Fraktionsobmänner-Sitzung schon gesagt, dass er sich das anschauen muss. Wenn da aber etwas erfolgt und nicht rechtens ist, muss man handeln. Warum die Fa. Hasenauer beauftragt wurde ist auch ganz klar. Der Straßenbau von 2020 ist auf 2021 verschoben worden und das sind Dinge, die erforderlich waren, die man

umsetzen muss. D.h. die großen Schlaglöcher und dgl. mussten ausgebessert werden – im Prinzip so wie bei der Bodinggrabenstraße. Er wird sich das vor Ort anschauen.

Bezüglich der Lampen in Mittersill sagt er, dass es so ist, und das ist bundeseinheitlich so, dass man nur dann eine Förderung bekommt, wenn man diese Lumenbeschränkung einhält. Vielleicht hat sich ja Mittersill die Lampen selber bezahlt.

Bezüglich Ausschusssitzungen sagt er, dass er die Obleute nicht zwingen kann, dass sie Sitzungen abhalten, er kann das nur anregen.

GRM Kores (FPÖ) sagt bezüglich Wortmeldung von GRM Rußmann bezüglich **Mittelschule**, dass das eine Frechheit ist. Das stimmt überhaupt nicht, dass es eine schlechte Qualität gibt,. Ob man einklassig oder zweiklassig ist bzw. ob jetzt 26 Kinder oder 13 Kinder in einer Klasse sind, da ist schon ein Unterschied – und sie ist eine betroffene Mutter. Alle sind bestrebt, dass es 2 Klassen gibt. Es gibt sehr gute Schüler, die aus der Mittelschule kommen - es gibt Schüler, die einen Notendurchschnitt von 1,5 in einer HTL haben, nach der ersten Klasse. Man redet immer nur vom Kindergarten, von einer 2. Krabbelgruppe, von der Volksschule – aber die Mittelschule hier links liegen zu lassen, weil das vollkommen egal ist, das kann so nicht sein! Jeder kann nicht in ein Gymnasium oder in eine Musikhauptschule oder in eine andere Schule gehen. Wir wollen den Schulstandort erhalten und auch die Mittelschule, das möchte sie schon sagen, so GRM Kores.

Der **Bürgermeister** sagt, dass er auch sehr bestrebt ist, dass es 2 Klassen gibt. Er wird sich morgen mit der Abteilung Bildung in Verbindung setzen, dass das auch in die richtige Richtung geht.

GRM Rußmann A. (bim) sagt, er sieht, dass er sich da bei seiner Wortmeldung präzisieren muss. Er hat nicht gesagt, dass irgendetwas schlecht ist in der **Neuen Mittelschule**, sondern er hat gesagt, dass die Übertrittsraten, die es momentan gibt, so gestaltet sind, dass man sieht, dass die Konzepte die da gemacht werden, bei den Eltern nicht ankommen. Sonst wären die Übertrittsraten nicht schlechter, als die Prognosen, die vor einigen Jahren getätigt wurden. Die Übertrittsraten entwickeln sich nach wie vor nach unten, d.h. irgendetwas wirkt noch nicht. Was, das vermag er nicht zu beurteilen, da ist er nicht der Fachmann. Das hat er gemeint. Im Vergleich dazu ist es etwas ganz anderes, wenn man jetzt in der Krabbelgruppe für 17 Kinder irgendetwas auf die Füße stellt, oder ob man eine Klasse teilt oder nicht.

GVM Schober (SPÖ) sagt bezüglich der Wortmeldung von GRM Platzer bezüglich Abhaltung von **Gebäudeausschusssitzungen**, dass er die letzte Sitzung am 12.2.2020 abgehalten hat. Das Protokoll hat er am 13.2.2020 an Elisabeth Fischer übermittelt. Dann war Covid und er hat die 2 Themen, die ihm der Bürgermeister geschickt hat, bereits am 12.2. behandelt. In weiterer Folge hat es eigentlich keinen Bedarf an der Abhaltung einer Sitzung gegeben.

Anschließend spricht er die Wortmeldung von GRM Rußmann an und sagt, dass dieser nur von Zahlen geredet hat und nichts schlecht geredet hat. Tatsache ist, dass jedes Jahr weniger Schüler von der VS in die **Neue Mittelschule** Molln gehen. Anschließend spricht er über seine Hochrechnung.

Er spricht dann den Bürgermeister an und sagt, dass ihm aufgefallen ist, dass in letzter Zeit ziemlich viele **Vergaben** von ihm erfolgt sind mit einer Projektsumme, die der Bürgermeister ohne ein Gremium entscheiden kann. Z.B. die Straßensanierung, da wurden die Summen aufgeteilt und das ist in keinem Gremium behandelt worden. Es hat auch keinerlei Info gegeben. Abgeschlossen sind diese Arbeiten teilweise noch immer nicht. Die Straße in die Hopfing beim Poxleitnerberg, da sind teilweise noch Löcher mit 20 cm Tiefe vorhanden.

Der **Bürgermeister** sagt, dass er bereits gesagt hat, dass es heuer keine Tätigkeiten bei den Straßen gegeben hat und das sind notwendige Tätigkeiten, die vor dem Winter erfolgen müssen, sonst gibt es keine Schneeräumung. Und wenn es so viele Schlaglöcher gibt, dann ist da schon Gefahr im Verzug und das muss gemacht werden. Es wurden nur Projekte gemacht, die dringend erforderlich waren und die auch nicht das dementsprechende Budget überschritten haben.

GRM Brunner (SPÖ) sagt bezüglich **Neuer Mittelschule**, dass sie ja alle Fraktionen dazu aufgerufen hat, die Mollner Schulen zu unterstützen und bezüglich dem Sanierungsantrag, den es ja schon seit Jahren gibt, fraktionell beim Land um finanzielle Unterstützung anzusuchen. Sie berichtet von ihrem Gespräch bei der Bildungsdirektion und sagt, wenn es keine Reihung beim Land gibt, wird es auch keine Unterstützung geben. Sie unterstützt natürlich die Schulen und möchte den Schulstandort erhalten. Man muss auch beachten, dass sich Hr. Dir. Straßer in seinem letzten Arbeitsjahr befindet und man muss schauen, wie die Stelle dann besetzt wird. Sie hat schon gehört, dass es Clusterschulen gibt, wo man einer anderen Schule zugeordnet wird und es dann keine Direktion in Molln mehr gibt.

Sie ersucht anschließend den Bürgermeister, dass innerhalb der nächsten 2 Monate eine Begehung bei der **Biogasanlage** durchgeführt wird. Entweder mit allen interessierten Gemeinderatsmitgliedern oder von jeder Fraktion einige Personen.

Sie spricht eine **Einladung** zur Veranstaltung im Rahmen des 100. Geburtstages von Marlen Haushofer aus. Am Sonntag, 18.10. ab 15 Uhr beim Museum im Dorf um ab 18 Uhr gibt es eine Abschlussveranstaltung im Nationalparkzentrum, Veranstalter ist das Kulturreferat der Gemeinde gemeinsam mit dem Museum im Dorf. 50 Personen sind coronabedingt zugelassen und sie ersucht um Anmeldung im Gemeindeamt.

GVM Prentner (FPÖ) sagt, nachdem sich hier alle selbst so loben, muss er auch seine **Ausschusstätigkeit** bzw. Untätigkeit, die ihm vorgeworfen wird, einbringen. Heute wurden 3 Punkte aus dem Ausschuss beschlossen. Die Schulküche wurde gerade um € 60.000,-- neu installiert. Dies ist aufgrund des schon etwas älteren Ausschussbeschlusses, eine 3. Nabegruppe zu installieren, möglich geworden und nicht, weil der Ausschuss untätig war.

Der **Bürgermeister** sagt, dass die **Schulküche** neu gestaltet wurde und sie wunderschön geworden ist. Resch Gerda kocht bereits seit Montag in der neuen Küche. Das ist auch wieder ein wichtiger Schritt in Richtung Schulcampus. Die WC-Anlagen werden nächsten Jahr in Angriff genommen, hier gibt es schon eine Zusage.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 21.00 Uhr.